

Landertshammer, Michael

Die Schlüsselstellung der beruflichen Weiterbildung im LLL-Prozess und Vorschläge zu ihrer Finanzierung

Magazin erwachsenenbildung.at (2007) 2, 6 S.



Quellenangabe/ Reference:

Landertshammer, Michael: Die Schlüsselstellung der beruflichen Weiterbildung im LLL-Prozess und Vorschläge zu ihrer Finanzierung - In: Magazin erwachsenenbildung.at (2007) 2, 6 S. - URN: urn:nbn:de:0111-opus-75750 - DOI: 10.25656/01:7575

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-75750>

<https://doi.org/10.25656/01:7575>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



Magazin
erwachsenenbildung.at

<http://www.erwachsenenbildung.at>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-Licence:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Nr. 2, 2007

Lebenslanges Lernen in Österreich –
politische, organisatorische, finanzielle
und didaktische Anforderungen

Michael Landertshammer, WKÖ

Die Schlüsselstellung der beruflichen
Weiterbildung im LLL-Prozess und
Vorschläge zu ihrer Finanzierung

Die Schlüsselstellung der beruflichen Weiterbildung im LLL-Prozess und Vorschläge zu ihrer Finanzierung

von Michael Landertshammer, WKÖ

Michael Landertshammer (2007): Die Schlüsselstellung der beruflichen Weiterbildung im LLL-Prozess und Vorschläge zu ihrer Finanzierung. Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-2.pdf>. ISSN 1993-6818.

Erscheinungsort: Wien. 15.669 Zeichen. Veröffentlicht Oktober 2007.

Schlagworte: Lebenslanges Lernen, Finanzierung der Weiterbildung, Output-Orientierung, Bildungskonto

Abstract

Die Forcierung der Wissensgesellschaft ist eine Antwort auf den verschärften internationalen Wettbewerb, die demografische Alterung und den raschen technologischen Fortschritt. Eine Höherqualifizierung breiter Bevölkerungsschichten lässt einen Mehrfachnutzen für Wirtschaft und Gesellschaft erwarten. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Förderung des Humankapitals muss aber künftig mit einer verstärkten Output-Orientierung der Bildungsstrukturen einhergehen. Bildungsinvestitionen müssen auf die Stärkung der Basisqualifikationen abzielen und sich vorrangig an der Nachfrage am Arbeitsmarkt orientieren. Zudem sind neue Anreizstrukturen zur Förderung der für das Lebenslange Lernen so zentralen kontinuierlichen Weiterbildung zu schaffen. Diese sollen ein Maximum an Hebelwirkung für private Investitionen entfalten und bedürfen daher grundsätzlich einer stärkeren Beteiligung der öffentlichen Hand. Die Wirtschaftskammer Österreich plädiert für die Ermöglichung von Bildungssparen im Rahmen von Bildungskonten.

Die Schlüsselstellung der beruflichen Weiterbildung im LLL-Prozess und Vorschläge zu ihrer Finanzierung

von Michael Landertshammer, WKO

„Die Wissensgesellschaft ist Wohlstands- und Wachstumsgarant“ – spätestens seit dem Gipfel von Lissabon (2000) ist diese Formel in den Medien und somit in der öffentlichen Meinung präsent. Für die politische Entscheidungsfindung ist sie zweifellos als Appell zum Handeln zu verstehen: Im globalen Umfeld des internationalen Wettbewerbs repräsentiert sich die Verfügbarkeit von Humankapital bereits als zentraler Standortfaktor. Zudem steigt die Bedeutung von Bildung aufgrund der Geschwindigkeit des technischen Fortschritts und der demografischen Alterung. So wird bei einer Fortschreibung des Status quo künftig einem sinkenden Anteil junger qualifizierter Arbeitskräfte ein steigender Anteil weniger qualifizierter Arbeitskräfte und PensionistInnen gegenüberstehen. Strukturreformen im Schulsystem und die Förderung und Ermöglichung kontinuierlicher Weiterbildung sind hier wesentliche Ansatzpunkte, um einer drohenden durchschnittlichen Dequalifizierung der Erwerbsbevölkerung zu begegnen und um die Beschäftigungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen zu garantieren (siehe Statistik Austria 2006; Foders 2006).

Seit Lissabon konzentrieren sich daher die Aufmerksamkeiten verstärkt auf die Förderung und Entwicklung des Humankapitals: Lebenslanges Lernen (LLL) darf nicht länger ein hehres Ziel bleiben, sondern muss für möglichst breite Bevölkerungsschichten zur Selbstverständlichkeit werden. – Soweit zum (europa-)politischen Anspruch. Die nationale Realpolitik hingegen ringt mit den vergleichsweise trivialen Machbarkeits-Aspekten des LLL, so zum Beispiel mit der Finanzierungsfrage:

Wer trägt die Kosten der erforderlichen Umstrukturierung? Mehr Aus- und Weiterbildung für alle muss finanziert werden und spätestens hier scheiden sich die Geister, wie die Verantwortung zwischen Staat und Privat aufzuteilen sei. Zusätzlichen Bildungsausgaben stehen zunächst keine unmittelbaren Erträge gegenüber, da diese Zukunftsinvestitionen erst mittel- bis langfristig greifen. Kalkuliert werden muss aber mit dem Bildungsbudget der Gegenwart, das unter den Bedingungen der Haushaltsdisziplin mit den Begehrlichkeiten der anderen Ressorts konkurriert. Zwar sind alle Forderungen die Finanzierung des Gemeinwohls betreffend legitim – Überlegungen über Interdependenzen aber ebenfalls: Investitionen in das Bildungssystem verfügen zweifellos über eine hohe Rendite, weil sie einen Mehrfachnutzen für Wirtschaft und Gesellschaft erwarten lassen. Die Höherqualifizierung breiter Bevölkerungsschichten bedeutet mehr soziale Stabilität, weniger öffentliche

Gesundheitsausgaben (bildungsferne Personen sind häufiger krank) und generell eine höhere individuelle Bereitschaft und Befähigung zur Übernahme von Selbstverantwortung. Das Bildungsressort nimmt folglich eine Schlüsselstellung ein und muss dieser Stellung entsprechend dotiert werden.

Einschränkend ist hier aber festzuhalten, dass hohe Bildungsausgaben noch keine Garantie für ein höheres durchschnittliches Qualifikationsniveau sind. Nicht zuletzt die Ergebnisse der Pisa-Studie lassen vermuten, dass ein mäßiger Output im Schulsystem (Effektivität der Bildungsmaßnahmen) nur bedingt mit unzureichenden Mitteln, sondern eher mit mangelnder Effizienz im Mitteleinsatz zu tun hat. Die Bildungsforschung und nicht zuletzt die OECD haben mehrfach darauf hingewiesen, dass es in Österreich an Wirkungsanalysen und an dem hierfür erforderlichen systematisch aufbereiteten Datenmaterial mangelt (vgl. Schneeberger 2005, S. 16) und demnach *„die entscheidende Frage für die Effizienz des Mitteleinsatzes, nämlich die Frage nach den Ergebnissen oder Erträgen meistens noch gar nicht gestellt wird“* (Lassnigg 2007, S. 39).

Eine qualitative und quantitative Output-Orientierung setzt Strukturen voraus, die einen möglichst hohen Lern- und Praxistransfer sicherstellen, zu einer hohen Weiterbildungs-beteiligung anregen und grundsätzlich in jeder Phase des Erwerbslebens die Aufnahme eines Lernprozesses ermöglichen. Letzteres betrifft die Durchlässigkeit des Bildungssystems, die verhindert, dass ein Bildungsweg in eine Sackgasse führt. Lernprozesse finden aber vor allem auch im (Berufs-)Leben statt. Viele junge Menschen ziehen dieses „learning by doing“, das auch mit einer früheren (wenngleich bescheidenen) finanziellen Unabhängigkeit einhergeht, einer lang andauernden linearen Bildungskarriere vor. Häufig stellen sie in späteren Lebensphasen fest, dass sich ihre Interessen geändert oder sogar vermehrt haben. Aufgabe des Bildungssystems ist es, junge Menschen dort abzuholen, wo sie stehen, d.h. ihnen jederzeit die Möglichkeit zum Weiterlernen und zur vollen Entfaltung ihres Kreativitätspotenzials einschließlich der Option für das Aufschließen zur Hochschulbildung anzubieten. Der Kompetenz-Mix aus frühen Berufserfahrungen und Zweitem Bildungsweg stellt sich für Unternehmen in Zeiten einer zunehmend flexibleren Arbeitswelt sogar häufig als Mehrwert dar. Mit der Ermöglichung der Berufsreifepfung und der Einrichtung des Fachhochschulsektors wurden hier wesentliche Schritte zur Realisierung der LLL-Idee gesetzt.

Die Diskussion um Strukturreformen im Bildungssystem wird in Österreich nicht selten von archaischen ideologischen Kontroversen bestimmt. Dabei wird gemeinhin auch eine zunehmende Ökonomisierung der Bildung unterstellt. Hierzu ist Folgendes zu sagen: Die Etablierung der Wissensgesellschaft ist eine facettenreiche zivilisatorische Errungenschaft und zweifellos viel mehr als ein ökonomischer Sachzwang. Um es mit Hans Pechar (Univ.-

Prof. am Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung an der Universität Klagenfurt) zu sagen: In der Wissensgesellschaft stehen Bildung und Wirtschaft in keinem antagonistischen, sondern in einem symbiotischen Verhältnis (vgl. Pechar 2007, S. 84). Bildungserträge lassen sich zwar nicht immer monetär bewerten, Bildungsinvestitionen haben aber in der Regel immer einen immateriellen Mehrwert zum Nutzen des Individuums, des Standorts sowie der gesamten Gesellschaft. Dennoch muss den Bedürfnissen der Wirtschaft ein prioritärer Stellenwert in der Bildungsfinanzierung zukommen: Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist evident, der demografisch bedingte Arbeitskräfteengpass absehbar. Um unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten und um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sich Bildungsinvestitionen vorrangig an der Nachfrage am Arbeitsmarkt orientieren (siehe Pechar 2007; WKÖ 2006).

Diese Nachfrage nach Qualifikationen ändert sich immer rascher, mitunter müssen neue Kompetenzen erworben oder die bereits erworbenen generalüberholt werden. Hier wird ersichtlich, dass die kontinuierliche berufliche Weiterbildung eine Art Schlüsselstellung im LLL-Prozess einnimmt. Österreich liegt mit seiner Weiterbildungsbeteiligung gemäß dem EU-Strukturindikator für LLL bei knapp 14% und somit bereits über dem europäischen Durchschnitt (siehe EUROSTAT 2007). Ziel muss es aber sein, uns an den weiterbildungsaktivsten und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern der EU (Skandinavien, Vereinigtes Königreich) zu orientieren, d.h. die entsprechende Weiterbildungsbeteiligung muss bis zum Jahr 2010 auf mindestens 20% steigen. Diese Länder haben insgesamt den Strukturwandel besser bewältigt, weisen eine höhere Erwerbsbeteiligung der Über-50-Jährigen sowie relativ günstige Werte in Vergleichen zentraler Innovationsindikatoren auf (vgl. ibw 2004, S. 22).

Investitionsmaßnahmen in der Grundausbildung zur Stärkung von Basisqualifikationen müssen daher mit der Schaffung neuer Anreizstrukturen zur Förderung der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung einhergehen. Unternehmen sollten dazu ermutigt werden, verstärkt in die Weiterbildung von MitarbeiterInnen in den mittleren Lebensjahren zu investieren, denn LLL beginnt nicht erst mit fünfzig (vgl. ibw 2004, S. 10). (Um den Schönheitsfehler in der österreichischen Beschäftigungspolitik, die geringe Arbeitsmarktpartizipation von älteren ArbeitnehmerInnen zu beseitigen, sind allerdings auch sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen.) Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) plädiert in diesem Zusammenhang für eine steuerliche Förderung für wenig weiterbildungsaktive Gruppen: Für die Altersgruppe 40plus und Geringqualifizierte soll der Bildungsfreibetrag für ArbeitgeberInnen von derzeit 20% (seit 2003) auf 40% erhöht werden.

Optimale Anreizstrukturen für berufliche Weiterbildung müssen ein Maximum an Hebelwirkung für private Investitionen entfalten und bedürfen daher grundsätzlich einer

stärkeren Beteiligung der öffentlichen Hand. Die öffentlichen Mittel sollten sich aber nicht auf die indirekte Förderung von steuerlichen Anreizen beschränken, sondern Unternehmen und weiterbildungsinteressierte BürgerInnen vor allem auch direkt, etwa in Form von Prämien, unterstützen.

Die WKÖ sieht in der Ermöglichung von Bildungssparen im Rahmen eines Bildungskontos die attraktivste Form der Subjektförderung: Dabei wird analog zum Bausparen bzw. zum bestehenden Angebot der Banken für Bildungsvorsorge individuell für Weiterbildung gespart. Einlagen auf das Sparkonto können durch den/die KontoinhaberIn, aber auch durch Verwandte oder – und dies ist mittelfristig zu überlegen – durch den/die ArbeitgeberIn erfolgen. Der für Bildung angesparte Betrag wird bis zu einem zu definierenden Höchstbetrag mit einem zweckgewidmeten staatlichen Zuschuss in der Höhe von mindestens 30% prämiert. Zusätzlich wird das Konto zu marktüblichen Zinssätzen verzinst. Nach einer entsprechenden Ansparphase kann das Konto auch als Basis für die Inanspruchnahme eines langfristig rückzahlbaren Bildungskredits dienen. Das Kapital auf dem Konto kann nur zur Bezahlung von Weiterbildungsmaßnahmen bei akkreditierten Bildungseinrichtungen verwendet werden. Künftig sollen die unterschiedlichen Fördermodelle auf Landesebene über diese Bildungskonten abgewickelt werden (siehe WKÖ 2006).

Bildungskonten zählen europaweit zu den populärsten Finanzierungsmodellen in der beruflichen Weiterbildung, aktuell sind sie auch Gegenstand der Bildungsreformdiskussion in Deutschland. Ihre Attraktivität liegt vor allem in der Wahrnehmung der gemischten Verantwortung: Der Staat übernimmt in einer veränderten Arbeitswelt mit wachsenden Qualifikationsanforderungen und hohem Anpassungsbedarf die Rolle des Co-Finanziers für Weiterbildung. BürgerInnen wiederum werden durch attraktive Förderstrukturen dazu ermutigt, bei Zeiten für LLL zu sparen, d.h. Verantwortungsbewusstsein für die eigene Weiterbildungskarriere zu entwickeln.

Der langen Rede kurzer Sinn: LLL für alle erfordert vor allem eine Erhöhung der Beteiligung an kontinuierlicher Weiterbildung. Eine entsprechende Hebelwirkung setzt künftig eine geteilte Finanzierungsverantwortung zwischen Unternehmen, Staat und BürgerInnen und folglich ein verstärktes Engagement der öffentlichen Hand in der Finanzierung der kontinuierlichen Weiterbildung voraus. Insbesondere in Österreich, wo sich die ArbeitgeberInnen im Rahmen der Lehrlingsausbildung bereits stark in der beruflichen Ausbildung engagieren, erscheint diese staatliche Beteiligung mehr als angemessen. So könnte sich beispielsweise ein zukunftsfähiges Finanzierungsportfolio in der Weiterbildung aus privaten Investitionen einschließlich der prämierten Einlagen von Bildungskonten, aus der Förderung für gering qualifizierte bildungsferne Gruppen – flankiert durch die Verdoppelung des Bildungsfreibetrags für spezielle Zielgruppen – zusammensetzen.

Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur

- ibw Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (2004): Berufliche Weiterbildung in Österreich und im europäischen Vergleich. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit.
- Lassnigg, Lorenz (2007): Bildungsökonomie: Österreich in Europa? In: Wirtschaftspolitische Blätter 1/2007.
- Pechar, Hans (2007): Sockelqualifikation und Exzellenz. Ist die österreichische Gesellschaft fit für die Wissensgesellschaft? In: Wirtschaftspolitische Blätter 1/2007.
- Schneeberger, Arthur (2005): Herausforderungen der Aus- und Weiterbildungspolitik durch Strukturwandel, Migration und Internationalisierung. In: ibw-Mitteilungen, 1. Quartal/2005.

Weiterführende Literatur

- EUROSTAT (2007). Online im Internet:
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1090,1&_dad=portal&_schema=PORTAL [Stand: 2007-10-15].
- Foders, Federico (2006): Bildungspolitische Implikationen der Bevölkerungsentwicklung. In: Wirtschaftspolitische Blätter 2/2006, S. 229-236.
- OECD (2005). Education at a glance.
- WKÖ (Wirtschaftskammer Österreich) (2006): Starke Bildung. Starker Standort. Bildung in Österreich. Positionen und Forderungen. Auch online im Internet:
<http://www.ausbilder.at/htm/pdf/starkebildungstarkerstandort.pdf> [Stand: 2007-10-15].
- Statistik Austria (2006): Arbeitskräfteerhebung. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wien.
- Wagner, Eva (2007): Die österreichische Förderlandschaft: ausgewählte Instrumente zur Unterstützung individueller Weiterbildungsaktivitäten. Online im Internet:
http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-2_12_wagner.pdf [Stand: 2007-10-29].



Foto: Petra Spiola

Dr. Michael Landertshammer

Geboren 1954 in Krems, Studium der Rechtswissenschaften in Wien, seit 2001 Institutsleiter des WIFI Österreich und Leiter der bildungspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich, Vorstand im ibw Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft, Mitglied im Kuratorium KMU FORSCHUNG AUSTRIA und im Kuratorium BIB Bundesinstitut für internationalen Bildungs- und Technologietransfer uvm. Beschäftigt sich schon seit 1986 mit neuen Lehr- und Lernmethoden, pädagogisch-didaktischen Rahmenbedingungen für Lernen mit Erwachsenen, war u.a. verantwortlich für die Etablierung des CBT-Centrums in der Erwachsenenbildung Österreichs (1986), leistete Vorarbeit zur Gründung einer Fachhochschule der Wirtschaft, deren Geschäftsführer er 1996-2001 war.

E-Mail: Michael.Landertshammer@wko.at
Internet: http://portal.wko.at/wk/detail_person.wk?JobID=18133
Telefon: +43 (0)590 900-3573

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

ISSN: 1993-6818

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk

Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Projektpartner: Institut EDUCON – Mag. Hackl

Herausgeberinnen

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Medieninhaber und Herausgeber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A - 1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A - 5350 Strobl

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)
Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Alpen-Adria-Universität
Klagenfurt)

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der
Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend
der Meinung der Redaktion.

Online-Redaktion

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Design und Programmierung

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das Magazin enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus
Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es
richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und
verwandten Feldern tätig sind sowie an BildungsforscherInnen
und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem
spezifischen Thema. Ziele des Magazins sind die
Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über
Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und
Bildungspolitik. Weiters soll der Wissenstransfer aus
Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt
werden.

Copyright

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des
„Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative
Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den
folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und
öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den
Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL
angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für
kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in
anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer
Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen,
unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach
schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben
werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben
hiervon unberührt.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf
Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein
Belegexemplar an redaktion@erwachsenenbildung.at oder
postalisch an die Online-Redaktion des Magazin
erwachsenenbildung.at, c/o Institut EDUCON,
Bürgergasse 8-10, A-8010 Graz, Österreich.